
DIE „RENT-SEEKING-INDUSTRIE“

Rezension von:

Gordon Tullock, *The Economics of Special Privilege and Rent Seeking*, Kluwer Academic Publishers (Studies in Public Choice), Boston/Dordrecht/London 1989, 104 Seiten.

I. In diesem Buch versucht Gordon Tullock, neben seinem häufigen Ko-Autor und Nobelpreisträger Buchanan bekannt als einer der Mitbegründer und Haupttheoretiker der sogenannten „Neuen Politischen Ökonomie“, die Gründe für ein seiner Ansicht nach merkwürdiges Phänomen in der amerikanischen Politik offenzulegen. Dafür nämlich, daß in der Lobby-Tätigkeit, also der professionellen Interessenvertretung beim amerikanischen Kongreß, vergleichsweise bescheidene Summen bewegt werden. Gemäß Tullocks Beobachtungen können sich Interessengruppen durch Aufwendung wenig spektakulärer Lobby-Kosten gewichtige Vorteile mit in der Regel noch gewichtigeren Kostenfolgen für Budget und Gesamtwirtschaft sichern. Wenn aber eine Industrie – wie in diesem Fall die von Tullock und anderen so bezeichnete „Rent-seeking“-Industrie hohe Erträge bei relativ geringen Aufwendungen verspricht, dann müßte sie nach den Schlußfolgerungen konventioneller ökonomischer Weisheit gewaltig expandieren.

Von dieser Überlegung ausgehend, werden nun die bewährten Argumentationsmuster der „Neuen Politischen Ökonomie“ ins Feld geführt. Das heißt, es wird untersucht, was herauskommt, wenn den im politischen Bereich tätigen Individuen nutzenmaximierendes Verhalten unterstellt wird.

Und zwar unterstellt in Entscheidungssituationen und Lebenszusammenhängen, welche sonst eher nicht unter einem ökonomischen Kalkül gesehen werden. Daran kann man nun jede Menge „außerparadigmatische“ Kritik üben, indem man die Sinnhaftigkeit der Anwendung eines individuellen Nutzenkalküls generell bezweifelt. Wir wollen uns hier vielmehr auf „innerparadigmatische“ Kritik beschränken. Denn in der Tat ist eine zentrale Schwäche seiner Argumentation „innerparadigmatisch“ festzumachen: Es wird zuwenig exakt herausgearbeitet, auf welche Weise die Beteiligten maximieren.

Wenn man schon annimmt, daß – um nur ein Beispiel zu nennen – Abgeordnete in Parlamenten individuelle Nutzenmaximierer sind, dann sollte man eine Vorstellung von der Struktur ihrer Maximierungsaufgabe haben. (Welches sind ihre Nebenbedingungen? Welches sind „Zwischen-Zielvariable“?, etc.) Denn offensichtlich sind Parlamentarier keine direkten „monetären“ Maximierer. Weder verkaufen sie normalerweise bei Abstimmungen im Parlament ihre Stimme an den Meistbietenden, noch sind ihre Einkünfte als Politiker direkt aus einem direkten monetären Maximierungsverhalten herzuleiten. In der an Anthony Downs und seinem Medianwählermodell orientierten Literatur etwa werden Politiker oder Parteien als Stimmenmaximierer abgebildet. Eine polit-ökonomische Betrachtung von Rent-Seeking und Korruption muß selbstverständlich über diese Fiktion hinausgehen. Daß Politiker Wahlen bestehen müssen, setzt aber ihrer Beeinflußbarkeit durch Sonderinteressen oder gar direktem Stimmenkauf klare Grenzen. Ein entscheidungstheoretisches Modell des Politiker-Verhaltens müßte somit Wiederwahl-Zwänge, längerfristige Aufstiegsinteressen und Reputation und ähnliches als Randbedingung der Maximierung von Größen wie dem Einkommen der laufenden Periode berücksichtigen.

Tullock entwickelt also keine überzeugende Vorstellung des Maximierungsverhaltens der Beteiligten des „Rent-Seeking“. Dennoch ist es lohnend, sich von Tullocks Überlegungen anregen zu lassen – denn anregend und voll von Ideen sind Tullocks Schriften allemal. Allerdings bleiben seine Ausführungen in diesem Buch weitgehend das, was die Überschrift zum zweiten Teil verheißt, nämlich „Zufällige Gedanken“. Meist wird nicht allzuviel Mühe darauf verwendet, Argumente stringent zu Ende zu denken oder die einzelnen Einsichten in Beziehung zu einer kohärenten Theorie des politischen Prozesses zu setzen. Auch stellt die hemdsärmelig-selbstverständliche Art, wie auf die „ökonomische Theorie der Politik“ als Referenz-Paradigma zurückgegriffen wird, sicher den Blick auf manches Interessante. Dennoch bleibt Tullock das Verdienst, eine Tür aufgestoßen zu haben.

II. Zentrale Bedeutung für seine Argumentation in bezug auf das Ausmaß von „Rent-seeking“ ist die „rationale Uninformiertheit“ der Wähler. Diese Überlegung gehört bekanntlich zum Standardrepertoire der sogenannten „Ökonomischen Theorie der Politik“. Da die Wahrscheinlichkeit, für den Ausgang einer Wahl entscheidend zu sein, verschwindend gering ist, lohnt es sich für den einzelnen nicht, erheblichen Aufwand für eine „richtige“ Wahlentscheidung zu treiben. Der durchschnittliche „rationale“ Wähler wird daher, wenn er überhaupt zur Wahl geht, schlecht informiert sein – sofern Politik nicht sein „Hobby“ ist. Schlecht informiert sein heißt in erster Linie, daß man vor allem jenen Aspekten der Politik Aufmerksamkeit schenkt, die einen gewissen Unterhaltungswert besitzen, nämlich Skandalen und Personen. Diese Art der Uninformiertheit ist es letztlich, welche den Spielraum für die Politik der Interessengruppen schafft, aber auch begrenzt. Sie schafft diesen Spielraum, weil die ökonomischen Zusammen-

hänge schwer durchschaubar sind, auf denen die Renten vieler Gruppen beruhen. Sie begrenzt ihn aber, weil sie direkte Renten-Zahlungen an bestimmte Gruppen nahezu unmöglich machen. Denn diese sind leicht nachvollziehbar und eignen sich dazu, von unterhaltungsorientierten Medien als neiderweckendes Skandalon dargeboten zu werden.

Interessant und zu weiterführenden Gedanken anregend ist in diesem Zusammenhang die Begründung, weshalb Interessengruppen sich typischerweise nicht um direkte Transfers bemühen, sondern um die Subvention von Produktionsaktivitäten. Tullock weist hier auf die Aversion der amerikanischen Landwirtschaft gegen solche Direktzahlungen hin, die sich in diesem Punkt genauso wie die europäischen und österreichischen Standesvertretungen verhalten.

Noch schwieriger als in der Subvention von Produktionsaktivitäten ist freilich, vom Wähler Rent-seeking zu orton, welches über gesetzliche Regulierung des Wirtschaftsablaufes organisiert ist.

Ein hervorragendes (von Tullock nicht genanntes) Beispiel für die Auffälligkeit direkter monetärer Transfers ist die Arbeitslosenversicherung. Gewiß bietet diese Institution die Möglichkeit zu „Rent-seeking“ von Personen, die in Wirklichkeit „freiwillig arbeitslos“ sind. Dessen Ausmaß dürfte aber verschwindend gering sein, und zwar nicht nur wegen der großen Zahl unfreiwillig Arbeitsloser, sondern auch gemessen am Umfang anderer Rent-seeking-Aktivitäten. Trotzdem scheint sich die Arbeitslosenversicherung sehr gut als Objekt der politischen Polemik zu eignen, denn den dauerurlaubenden Tachinierer kann man sich eben plastisch vorstellen (und wenn nicht, dann gibt es Mittel und Wege, diese Vorstellungskraft zu mobilisieren). Weit weniger publikumswirksam sind Renten, die eventuell im Reinheitsgebot für die Bierbrauer oder in der Regulierung

des Zugangs zu gewissen freien Berufen stecken.

III. An anderen Stellen wird Tullocks Argumentation indessen recht konfus. Im dritten Kapitel etwa stellt er die Frage nach den Wohlfahrtskosten ineffizienter Politikmaßnahmen, welche aufgrund von Wählerpräferenzen zustandegekommen sind. Gewiß ist der Umstand, daß wenig reflektierte und uninformierte Wähler relativ weittragende Entwicklungen hervorrufen können, ein inhärentes Problem der Demokratie. Die Konsequenz daraus muß aber sein, Information in ihrer Eigenschaft als öffentliches Gut zu erkennen. Aus dieser Eigenschaft folgt, daß das Gleichgewicht in einem Konkurrenzmarkt durch zu wenig „gute“ Information gekennzeichnet ist – und eine geeignete Subvention von Information daher Pareto-Effizienzverbesserungen erlaubt. Statt solchen Überlegungen, welche die „Theorie“ der rationalen Uninformiertheit der Wähler ja im Grunde impliziert, spekuliert Tullock darüber, ob man aus der Zustimmung der Wähler zu einer bestimmten Politik nicht per se – qua Konsumentensouveränität – schon ableiten könne, daß diese Politik trotz ihrer Ineffizienz eben wünschenswert sei. Freilich beantwortet er diese Frage weder positiv noch negativ. Es soll nicht bestritten werden, daß hinter den auf diese Weise aufgeworfenen Fragen wichtige Probleme stecken. Zu diesen dringt er allerdings kaum vor, weil er positive und normative Aspekte in einer Weise vermischt, welche auch seine (im einzelnen vielleicht immerhin nicht ganz witzlosen) impressionistischen Argumentationsfragmente entwertet. Denn betrachten wir die Situation, in welche Tullock uns führt: Es gibt eine Politik A, von der wir wissen, daß sie der Gesellschaft höhere Wohlfahrt beschert als die alternative Politik B. A würde, wie wir überdies wissen, von den Wählern gewählt, wenn sie wohl informiert wären, was sie aber nicht sind. Deshalb wird B gewählt. Es ist

ganz klar, daß unter diesen Prämissen nicht ernsthaft argumentiert werden kann, daß der Umstand, daß B von den Wählern gewählt wird, in irgendeiner Weise die Wohlfahrtswirkungen von B relativ zu A steigert. Es mag Situationen geben, wo man keine andere Wahl hat, als Nutzen aus „revealed preferences“ abzuleiten. Im vorliegenden Fall ist dies aber blanker Unfug, weil ja angenommen wird, daß wir die „wahren Präferenzen“ kennen. Auf der normativen Ebene gibt es also nichts zu spekulieren, so wie die Dinge liegen. Auf der positiven Ebene freilich kann man nach Ursachen suchen, weshalb in der Gesellschaft keine ausreichenden Kräfte wirken, welche zur Wahl der besseren Politik A durch verbesserte Information führen würden (denn die Existenz von Möglichkeiten, sich zu verbessern, ruft nach einer verbreiteten sozialwissenschaftlichen Vorstellung im Prinzip solche Kräfte auf den Plan). Und als positive Erklärung bieten Tullocks Überlegungen hier nicht viel.

VI. Sehr interessant sind dagegen die im Schlußkapitel versammelten Bemerkungen. Sie sind der Frage gewidmet, wovon es abhängt, ob und in welchem Ausmaß Rent-seeking seine verderblichen Wirkungen in einer Gesellschaft entfalten kann. Diese Frage ist insbesondere im Zusammenhang der Reformbewegung im Sowjetsozialismus sowie der Unterentwicklung in der Dritten Welt von Bedeutung. In den letztgenannten Ländern hat ja nach verbreiteter Ansicht der überbordende Einfluß mächtiger Interessengruppen einen lähmenden Einfluß auf die soziale und wirtschaftliche Dynamik. Für die ersteren ist eine solche Entwicklung als latente Gefahr präsent, welche die Herausbildung einer funktionstüchtigen Ordnung bedroht. Tullock liefert auch dazu weniger ausformulierte Modelle als interessante Einzelbeobachtungen und Gedanken. Auch sie vermögen allerdings den etwas hochtrabenden Titel des Buches nicht zu rechtfertigen, welcher auf ei-

ne umfassende und integrierte Darstellung oder Einführung hinweist.

Und eine solche zu sein, kann dieses Buch wirklich nicht beanspruchen.

Richard Sturn